Stellungnahme

Kontext

Die deutsche Industrie steht an einem Scheideweg. Globale Herausforderungen wie der Green Deal, die steigenden Energie- und Gaspreise, CO_2-Zertifikate sowie Zusatzbelastungen treiben selbst namhafte Unternehmen an die Grenzen ihrer Existenzfähigkeit. Deutschland riskiert, seine wirtschaftliche Substanz, seine europaweit einzigartige Industriebasis zu verlieren und in neue existentielle Abhängigkeiten zu geraten.

Situation SKW Piesteritz

- Für die Beurteilung der wirtschaftlichen Situation der SKW Piesteritz müssen kosten- und erlösseitige Faktoren immer im Zusammenhang betrachtet werden. Oftmals wird nur ein Faktor (z.B. Gaspreis) isoliert betrachtet. Es gilt (Aufzählung nicht abschließend, sondern schwerpunktsetzend):
    - Kostenseite: im internationalen Vergleich hohe Gaspreise. Gaspreise dürfen nicht isoliert national verglichen werden (Deutschland Periode 1 zu Deutschland Periode 2), sondern immer nur im Verhältnis zu den Gaspreisen, die die internationalen Konkurrenten zu zahlen haben.
    - Kostenseite: extrem hohe, international einzigartige Gasnebenkosten wie z.B. Gasspeicherumlage (zudem Stromkosten, Steuern usw.)
    - Kostenseite: durch EU Politik wie Green Deal induzierte massive Kostenbelastung (CO_2-Zertifikate, Investitionen) – keine Harmonisierung innerhalb der EU bei Umsetzungsgeschwindigkeit Klimaneutralität, geschweige denn im internationalen Vergleich. Daraus resultieren existenzbedrohende Wettbewerbsnachteile.
    - Marktseitig: offensichtlich Wirtschaftskrieg Russlands gegen EU/ Deutschland durch massive „Düngemittelflut“.
    - Marktseitig: perspektivisch wird mit Umsetzung CBAM die Problematik der <u>faktisch</u> asymmetrischen CO_2-Belastung die Industrie aus Europa vertreiben.
    - Bisher fehlende Technologieoffenheit bei der Erreichung Klimaschutzziele (ideologisch bedingte Fixierung auf Grünen Wasserstoff),
    - Negieren von Preissignalen durch die Politik (Keine <u>nachhaltig tragende</u> Nachfrage nach Grünen Produkten)
- 1/2025: Abstellen einer Ammoniakanlage aufgrund Marktbedingungen (Hohe Gaspreise/ Gasnebenkosten wie Gasspeicherumlage/ russische Düngemittelimporte drücken Marktpreis)
- 2/2025: Wiederanfahren der Anlage; Zuversicht, dass Politik vollkommen geänderte globale Rahmenbedingungen erkannt hat
- Entlassungen/ Kurzarbeit nicht aktuell. Begründung: Soziale Verantwortung, solidarisches Zusammenstehen in der Krise, Facharbeitermangel
- Koalitionsvertrag Union/SPD enthält viele ursachengerechte Lösungsansätze. Diese gilt es schnellstmöglich umzusetzen.

Kurzfristige Maßnahmen

1. Streichung nationaler Sonderbelastungen wie **Gasumlagen und Netzentgelte**, die die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen massiv gefährden. Dies kann **sofort in Deutschland ohne Abstimmung mit EU umgesetzt** werden! So wurden erst kürzlich mit der Entscheidung des Bundestages am 20.12.2024 alle europäischen Nutzer deutscher Gasspeicher von der Umlage bereits befreit. Ergo zahlen nun **nur noch Nutzer in Deutschland**. Dieser Beschluss des Bundestages bedeutet absolut und relativ eine direkte Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen gegenüber selbst EU-Konkurrenten.
2. Einführung von **Sanktionen oder Zöllen** in wirksamer Höhe auf veredeltes russisches Gas, das in Form von Düngemitteln den europäischen Markt flutet und hiesige Unternehmen schwächt.
3. **Klares Bekenntnis zur Industrie nicht durch Worte, sondern durch Taten**. Maßnahmen zur Stützung der Industrie wie im Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD genannt gilt es prioritär umzusetzen, da andernfalls nicht das benötigte Wirtschaftswachstum entstehen wird!
4. Ideologisch geprägte Studien wie die von ARIADNE und dem Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) unterschlagen die fatalen Folgen einer Verlagerung von Schlüsselindustrien wie Ammoniak-, Methanol- und Stahlproduktion ins Ausland. Empfehlungen solcher Studien gefährden die Versorgungssicherheit und Stabilität unserer Volkswirtschaft. Ohne Grundstoffchemie bricht die Basis unserer Versorgungsketten weg – die Konsequenzen sind unermesslich.

Mittel-/Langfristige Maßnahmen

1. **Kosten- und Steuerentlastung**: Bürokratische Hürden abbauen und finanzielle Belastungen für Unternehmen minimieren, um Spielraum für Investitionen in nachhaltige Technologien zu schaffen.
2. **Nachhaltige Transformation umsetzbar gestalten**: Realistische Ziele und Zeitpläne, die Wettbewerbsfähigkeit sichern und gleichzeitig den Klimaschutz fördern. Nationale oder europäische Sonderwege sind nicht zielführend – Klimaschutz ist ein globales Thema.
3. **Praktische Klimaschutzmaßnahmen umsetzen:**
   - CO_2-Speichertechnologien wie Harnstoff und CCS aktiv fördern.
   - BIOMETHAN als nachhaltige Energiequelle unterstützen.
4. **ETS-Reform (Emissionshandelssystem)**: Zertifikatsabgaben in den Unternehmen belassen, um nachhaltige Projekte zu finanzieren. Den CO_2-Grenzausgleich (CBAM) stoppen oder reformieren, um Wettbewerbsnachteile zu vermeiden. ***Beibehaltung der kostenlosen CO_2-Zertifikate für Unternehmen im internationalen Wettbewerb überlebensnotwendig!***
5. **Klimaschutz mit Vernunft statt Ideologie**
   Deutschland und Europa müssen sich ihrer globalen Verantwortung bewusst sein. Dies bedeutet, Klimaschutz praktisch und umsetzbar anzugehen, statt ihn durch ideologische Blockaden zu hemmen. Ein effektiver Klimaschutz basiert auf einer starken Wirtschaft, die Innovationen vorantreibt und nachhaltige Lösungen global verfügbar macht.